



YURI TUTOV / AFP

Sicherheitskräfte bei der Geiselnahme von Beslan (September 2004)

RUSSLAND

Sperrwall für Tschetschenien?

Mit einem Trick will die russische Regierung vom Versagen der Sicherheitsbehörden bei der Geiseltragödie im nord-ossetischen Beslan ablenken: Für den 28. Dezember kündigte Alexander Torschin, der Vorsitzende der Untersuchungskommission im russischen Parlament, überraschend einen Bericht über die Arbeit des Ausschusses an. Mitglieder der Beslan-Kommission halten das für den Versuch des Kreml, kurz vor dem Beginn der Ferien die Diskussion kurz zu halten. Angehörige der Opfer klagen, viele der Geiseln seien im September 2004 nicht von tschetschenischen und inguschischen Terroristen erschossen worden, sie hätten den Tod gefunden, als die Sicherheitskräfte Panzer und Flammenwerfer einsetzten. Die Soldaten hatten zudem die Feuerwehr am Löschen gehindert. Torschin, der kürzlich Israel besuchte, weist solche Vorwürfe zurück. Kämen bei einem Ein-

satz zur Geiselbefreiung weniger als 30 Prozent der Gekidnappten um, sagte er unter Berufung auf die makabre Statistik israelischer Sicherheitsspezialisten, gelte eine Aktion als erfolgreich – in Beslan starben 331 Menschen oder 27 Prozent aller Geiseln. Die Russen, doziert Torschin, lebten im Anti-Terror-Kampf „unter gleichen Bedingungen wie die Israelis“ und müssten daraus „Schlussfolgerungen ziehen“. Auch Dmitrij Kosak, Putins Bevollmächtigter im Nordkaukasus,



NIR ELIAS / REUTERS

Grenzanlage in Israel

war kürzlich nach Israel gereist und hatte den neuen Sicherheitswall zu den Palästinensergebieten im Westjordanland besichtigt. Dass Russland ebenfalls eine Mauer rund um Tschetschenien bauen wolle – wie eine israelische Zeitung berichtete –, wies Kosak zurück. Dennoch gilt als ausgemacht, dass Moskau zumindest Teile eines Sperrwalls an neuralgischen Punkten am Nordkaukasus errichten könnte.

BOLIVIEN

Getrübte Freude

Der überwältigende Sieg des Indioführers Evo Morales bei der Präsidentschaftswahl stellt seinen wichtigsten Verbündeten in der Region, Brasiliens Präsident Lula da Silva, vor ein Problem: Morales will die bolivianische Energieindustrie verstaatlichen; das würde vor allem den brasilianischen Energiekonzern Petrobras treffen. Petrobras ist der größte Multi im Andenland und erwirtschaftet etwa 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts; dazu sind brasilianische Metropolen wie São Paulo weitgehend



JUAN KARTIA / AP

Indios in La Paz

von Gaslieferungen aus Bolivien abhängig. In den Bau einer Gas-Pipeline zwischen den beiden Ländern investierte der Konzern viel Geld. Der brasilianische Präsident Lula hatte den sozialistischen Koka-Bauernführer trotz der Verstaatlichungspläne im Wahlkampf unterstützt. Morales wiederum nannte den brasilianischen Präsidenten sein Vorbild und seinen „großen Bruder“.

SKANDINAVIEN

Terroralarm im Norden

Als das Terrornetzwerk al-Qaida vor zwei Jahren Norwegen zum Ziel von Anschlägen erklärte, glaubten viele Experten an eine Verwechslung mit Dänemark. Schließlich hatte die Regierung in Oslo den USA im Irak-Krieg die Unterstützung verweigert, anders als der südliche Nachbar. Inzwischen aber sind die skandinavischen Sicherheitsbehörden

den alarmiert: Ein Terroranschlag in einem der drei nordischen Länder sei „nur eine Frage der Zeit“, warnt Jörn Holme, Chef der norwegischen Sicherheitspolizei. Eingeschleuste Extremisten würden die liberalen Gesetze und Aufenthaltsbestimmungen nutzen, um Bombenanschläge vorzubereiten. Dänische Terrorexperten befürchten sogar, dass al-Qaida bereits dabei ist, nordische Zellen „scharf zu machen“. Dass die Warnungen wohl berechtigt sind, belegen einige Festnahmen. In Sarajevo

verhaftete die Polizei vor kurzem einen Bosnier mit schwedischem Pass, der von Schweden aus unter dem Decknamen „Maximus“ junge Muslime für Anschläge angeworben haben soll. Gleichzeitig wurde ein Türke mit dänischen Papieren festgenommen. Kurz darauf spürte die dänische Polizei sieben junge Muslime mit Wohnsitz in und um Kopenhagen auf, von denen mindestens vier „daran beteiligt gewesen sind, einen Terroranschlag vorzubereiten“, so Polizeisprecher Sten Skovgaard Larsen.